

Umfrage-Schock: 82% der Mecklenburger wollen Mitbestimmung bei Asylheimen!

Eine INSA-Umfrage zeigt, dass 82 Prozent der Bürger in Mecklenburg-Vorpommern mehr Mitsprache bei Asylunterkünften fordern.

In Mecklenburg-Vorpommern sorgt eine aktuelle Umfrage für Aufsehen: Eine deutliche Mehrheit der Bürger möchte mehr Mitspracherecht bei der Einrichtung von Asylbewerberunterkünften. Diese aktuelle Umfrage, durchgeführt von INSA im Auftrag der AfD-Landtagsfraktion, hat 1.000 Personen befragt und zeigt, dass 82 Prozent der Bürger ein Mitspracherecht bei der Planung solcher Unterkünfte wünschen. Spannend ist jedoch die Frage, was hinter diesen Zahlen steckt und welche Auswirkungen sie haben könnten.

Eine neue Asylbewerberunterkunft soll in Ziesendorf, einem kleinen Ort im Landkreis Rostock, entstehen. Laut Sebastian Constien (SPD), dem zuständigen Landrat, sollen im ersten Jahr maximal 75 Personen in die Unterkunft einziehen, bevor im dritten Jahr die volle Belegung mit 125 Personen erreicht wird. Bereits in der Vergangenheit kam es in Mecklenburg-Vorpommern immer wieder zu Protesten gegen die Errichtung von Asylbewerberunterkünften. Viele Bürger fühlten sich bis dato übergangen und wünschen sich nun mehr Einfluss auf solche Entscheidungen.

Mehrheit der Bürger gegen Asylunterkünfte in der Nachbarschaft

Die repräsentative Umfrage offenbart weitere interessante und brisante Details: Rund 61 Prozent der Befragten lehnen junge männliche Migranten in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft ab. Dieses Ergebnis spiegelt wider, dass bei vielen Bürgern Ängste und Vorbehalte gegenüber dieser Gruppe bestehen. Laut der Umfrage haben 35 Prozent der Befragten ihre täglichen Aktivitäten geändert oder eingeschränkt, weil sie Angst vor jungen männlichen Migranten haben.

Nikolaus Kramer, der Fraktionsvorsitzende der AfD in Mecklenburg-Vorpommern, äußerte sich besorgt über die Umfrageergebnisse. „Die repräsentativen Umfrageergebnisse verdeutlichen ein klares Bedürfnis der Bürger Mecklenburg-Vorpommerns nach mehr Sicherheit und Einflussnahme in ihrer unmittelbaren Umgebung“, kommentierte Kramer. Er führte weiter aus: „Die Interessen der einheimischen Bevölkerung müssen geschützt und Entscheidungen dürfen nicht über die Köpfe der Bürger hinweg getroffen werden.“

Ergebnisse alarmieren AfD-Fraktionsführer

Besondere Beunruhigung bereitet Kramer die Tatsache, dass ein Drittel der Bürger ihre Alltagsaktivitäten aus Angst vor jungen männlichen Migranten eingeschränkt hat. „Wenn sich Menschen in ihrem eigenen Land nicht mehr sicher fühlen, um unbeschwert ihrem Alltag nachzugehen, dann haben wir ein fundamentales Problem, das die Lebensqualität und die Freiheit unserer Bürger massiv beeinträchtigt“, erklärte der AfD-Politiker. Er kritisierte dabei scharf die aktuelle Migrationspolitik und mahnte, dass eine gesellschaftliche Rückzugsbewegung aus Angst nicht hingenommen werden dürfe. Mehr Details zu diesem Thema finden sich in einem ausführlichen Bericht **auf www.freilich-magazin.com**.

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at